

Gemeinde Steinhagen



Beschluss

des Rates vom 02.04.2025

Öffentliche Sitzung

zu 7.:

**Bezahlkarte als eine Leistungsform nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
„Opt-Out-Regelung“
VL-896-2020/2025 1. Ergänzung**

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Steinhagen beschließt, die Bezahlkarte für die Zahlbarmachung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zum jetzigen Zeitpunkt nicht einzuführen.

Abstimmungsergebnis: **33 Ja-Stimmen**
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

Beratung:

Frau Süß erinnert daran, dass in der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration am 03.03.2025 keine Abstimmung zu diesem TOP erfolgt ist.

Herr Drosselmeier dankt der Verwaltung für die Beschlussvorlage. Er sagt, dass für alle geflüchteten Menschen in Steinhagen ein Basiskonto (Girokonto) mit Karte eingerichtet wird. Die Asylbewerberleistungen werden auf dieses Konto überwiesen. Das System funktioniert in Steinhagen. Durch die Einführung einer Bezahlkarte würden dem gegenüber keine Vorteile entstehen. Dafür sei die Einführung von Bezahlkarten mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden, was als Nachteil gesehen wird. Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde also gegen die Einführung einer Bezahlkarte stimmen.

Herr Steinmeier spricht die Historie zu diesem TOP an. Am 07.11.2023 wurde auf der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten die bundeseinheitliche Einführung einer Bezahlkarte beschlossen. Auch in NRW wurde die Bezahlkarte durch Josefine Paul (Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration) eingeführt. Viele Kommunen scheuen zwar

den Verwaltungsaufwand, der mit der Bezahlkarte verbunden ist. Herr Steinmeier spricht sich dafür aus, das Ergebnis der Sondierungsgespräche auf Bundesebene abzuwarten. Die verpflichtende Einführung der Bezahlkarte ist Bestandteil der Koalitionsverhandlungen. Daher schlägt Herr Steinmeier vor, den Beschluss über diesen TOP zu vertagen.

Herr Alt erklärt, dass er für die Einführung der Bezahlkarte ist. Die Bezahlkarte sei nicht nur eine gesetzliche Möglichkeit, sondern ein notwendiger Schritt für eine transparente Sozialpolitik. Der höhere Verwaltungsaufwand sollte nicht überbewertet werden. Hierzu verweist Herr Alt auf die Stadt Verl, welche die Bezahlkarte bereits eingeführt hat. Durch die Einführung der Bezahlkarte werde der Fluss der Sozialgelder -in anderer Länder- nachvollziehbar. Weiter bezweifelt Herr Alt, dass Girokonten eine Integrationshilfe darstellen. Er vertritt die Ansicht, dass sie einen Spielraum für nichtbeabsichtigte Nutzungen bieten. Er werde daher den Verwaltungsvorschlag ablehnen.

Frau Bolte hält eine Gegenrede. Sie sagt, dass unter anderem die Führung der Blacklist/Whitelist einen höheren Aufwand für die Verwaltung darstellen würde. Das System mit den Girokonten in Steinhagen funktioniert. Zum Vergleich mit der Stadt Verl erwidert Frau Bolte, dass dort von Gutscheinen auf die Bezahlkarte umgestellt worden ist. Dies stelle für die Stadt Verl eine Erleichterung dar. In Steinhagen würde es diese Erleichterung nicht geben, wenn von den Girokonten auf die Bezahlkonten umgestellt werden würde.

Frau Wehmeier erklärt, dass sich die FDP-Ratsfraktion dem Vorschlag der CDU-Ratsfraktion anschließen will. Zunächst sollten die Koalitionsverhandlungen abgewartet werden.

Frau Süß stellt klar, dass ein heute gefasster Beschluss nicht für immer gelten muss. Eine zukünftige Bundesregelung könnte die Bezahlkarte für die Kommunen verpflichtend machen. Sie schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag so zu ändern, dass die Bezahlkarte zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeführt werden soll. **Frau Pape** berichtet von einem Treffen der Sozialamtsleitungen des Kreises Gütersloh. Abgesehen von der Stadt Verl will niemand die Bezahlkarte einführen. Die Stadt Verl hat bereits die Bezahlkarte „Version 1“ und muss in der Folge nun die „Version 2“ einführen. Es müsse daher darauf geachtet werden, was man miteinander vergleicht. Zu den angesprochenen Koalitionsverhandlungen sagt Frau Pape, dass in diesen auch Einsparungen gefordert werden. Daher ist es ihr Wunsch, dass der Rat heute dem Verwaltungsvorschlag zustimmt. Dies würde Sicherheit für den Arbeitsaufwand und den Bürobedarf der Verwaltung bedeuten.

Frau Süß schlägt den Ratsmitgliedern vor, über einen geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen: *„Der Rat der Gemeinde Steinhagen beschließt, die Bezahlkarte für die Zahlbarmachung von*

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zum jetzigen Zeitpunkt nicht einzuführen.“ Die Ratsmitglieder stimmen einvernehmlich der Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag zu. Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, stellt **Frau Süß** den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.